



## Insektenschutz muss sein – doch was ökologisch notwendig ist, das muss auch wirtschaftlich für die Bauern machbar sein!

von Marit Wagler

Ein neues Bild vorm Landtag. Statt lauter Trecker-Proteste, weisen leere Gummistiefel auf das Höfe-Sterben hin. Die Thüringer Bauern protestierten am Freitag, dem 5. Februar 2021, vor der Landtagssitzung in Erfurt gegen das von Bundesebene geplante Gesetzesvorhaben zum Insektenschutz.

Insektenschutz muss sein – und dass Insekten für unser Ökosystem unverzichtbar sind – steht außer Frage.

Die ökologische und soziale Krise in der Landwirtschaft sind untrennbar miteinander verknüpft und können nur gemeinsam gelöst werden. Leider wird das am 10. Februar vom Bundeskabinett verabschiedete Insektenschutzpaket erneut seine Wirkung verfehlen, wie schon viele Gesetzesinitiativen davor, wenn wir nicht endlich zu einer ehrlichen und konsequenten Wende in der Agrarpolitik kommen.

Die Bauern weisen zurecht auf ihre Notlage hin. Wenn die Gesellschaft - berechtigter Weise - eine ökologisch nachhaltigere Landwirtschaft mit mehr Natur-, Gewässer- und Artenschutz fordert, muss sie auch die dazu notwendigen wirtschaftlichen Voraussetzungen und Bedingungen für die Landwirte schaffen. Das bedeutet, dass es für gesetzliche Auflagen in Verordnungen für Düngemittel-, Pflanzenschutzmitteleinsatz und zum Tierschutz u.a., die zu einer Ertrags- einbuße führen, einen wirtschaftlichen Ausgleich für die Landwirte geben muss. Diesen verspricht die Bundesregierung zwar, aber bei genauerem Hinschauen sieht man, dass die beiden Ministerinnen bei dem zusätzlich angekündigten finanziellen Ausgleich für den Insektenschutz auf die schon bereits veranschlagten GAK-Mittel (GAK = Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz), die sogenannte „Bauernmilliarde“

verweisen, die schon jetzt vorne und hinten nicht reichen für die angestrebten Ziele. Es sind also keine zusätzlichen Mittel vorgesehen, was die Ernsthaftigkeit des Insektenschutzpaketes der Bundesregierung schon dahingehend in Frage stellt.

Seit Jahrzehnten spielen die gesetzlichen Regelungen auf nationaler und europäischer Ebene überwiegend die Interessen von großen Agrarkonzernen wider. Mit Freihandelsabkommen zu Lasten regionaler Landwirtschaftskreisläufe und der Maxime, landwirtschaftliche Produkte zu Dumpingpreisen herzustellen, die dann auch noch tonnenweise wieder vernichtet werden, kann man keine nachhaltige Landwirtschaft betreiben. Auch das Geschäftsmodell der Lebensmittelgroßkonzerne bleibt weiter durch die Bundesregierung nahezu unbehelligt, obwohl das Profitstreben dieser Konzerne auf

Kosten von Mensch und Natur einen Verursacher für die ökonomische und soziale Krise der Bauern darstellt.

Wir brauchen also dringend eine konsequente Kehrtwende in der Agrarpolitik – einen Systemwechsel, der sich an den Interessen der regionalen Landwirtschaft und ihrer Nachhaltigkeit ausrichtet. Landwirtinnen und Landwirte müssen von ihrer Arbeit leben können und die landwirtschaftlichen Ressourcen schonender und nachhaltiger genutzt werden. Dazu gehören die Stärkung regionaler Wertschöpfungs- und Lieferketten, eine angemessene Vergütung der Arbeitsleistung von Landwirten und den in der Branche Beschäftigten, die Umstellung und Förderung der Landwirtschaft in nachhaltigere, bodenschonende und –regenerierende Anbausysteme, bspw. die Förderung von Humusanreicherung der Böden, eine bessere

Ausnutzung des Potentials der Böden zur CO<sub>2</sub>-Speicherung oder die Nutzung von nachhaltigeren Anbausystemen wie z.B. Agroforstsystemen o.a. Hierfür braucht es vielfältige Veränderungen und Anstrengungen in unserer gesamten Gesellschaft und das geht nur im Dialog mit unseren regionalen Landwirten - sonst bleiben die Forderungen nach mehr Naturschutz, Tierschutz, Klimaschutz und nach gesunden nachhaltig produzierten Lebensmitteln nur hohle Phrasen.

## Klima und -Umweltschutz während Corona

von Tom Nickel

Seit etwa einem Jahr spielt das Coronavirus (Covid-19) eine große Rolle in unserem alltäglichen Leben. Auch die Medienpräsenz zu diesem Thema stieg enorm an. Mittlerweile haben viele das Gefühl, dass alle anderen Probleme aus der Welt wären, wie etwa die Klimakrise.

Doch abgesehen von der Auswirkung des Coronavirus auf die allgemeine Berichterstattung, hat die Pandemie, umweltpolitisch betrachtet, eine positive Seite. Die Rede ist von Deutschlands Klimaschutzzielen für 2020 zur Senkung der Treibhausgasemissionen.

Die „magische“ Grenze lag in diesem Fall bei 40% weniger Ausstoß von Treibhausgasen im Vergleich zu 1990. Ohne die Corona-Pandemie hätte Deutschland die Reduzierung um 42,3% nicht geschafft.

Auch hat die Sensibilisierung der Gesellschaft für gewisse Themen, etwa die eigene Gesundheit, zugenommen und für andere Themen, etwa Klima und –Umweltschutz, abgenommen. Dies sagen zumindest diverse Umfragewerte vom Ende letzten Jahres. Ein Großteil der Gesellschaft hatte und hat Bedenken für die Zukunft, Sorgen um ihre Gesundheit und eventuell sogar Angst um die Existenz. Von daher ist es verständlich, dass sich der eigene Radius für Sorgen und Ängste größtenteils auf einen kleinen und familiären Kreis begrenzt.

Durch eingeschränkte Reisefreiheiten sah man, wie sich die Natur in Tourismusmonopolen langsam wieder zu erholen schien. In Venedig etwa kehrten lang abwesende Meereslebewesen zurück.

Die Corona-Pandemie und die damit zusammenhängenden Einschränkungen für den Menschen haben sich unmittelbar in den natürlichen Indikatoren zu erkennen gegeben, etwa im verringerten Ausstoß von Treibhausgasen durch den stark runtergeschraubten Flugverkehr. Die Deutschen entwickelten plötzlich ein Interesse am eigenen Land, die Besucherzahlen an Ostsee und Nordsee stiegen. Vielleicht hat es ja einige Menschen zum Nachdenken gebracht, ob man wirklich jedes Jahr den Mittelmeerurlaub braucht.

Es wäre ein Aufbruch in die richtige Richtung, wenn wir uns nach dieser schwierigen Zeit wieder intensiver mit den existenziell notwendigen Fragen, wie zum Beispiel einer künftigen Umgangsweise mit begrenzten Ressourcen und einem umweltverträglicheren Ausstoß an Treibhausgasen, beschäftigen würden.

# Fragen der Linken an DIE LINKE

von Petra Welitschkin

Seit beinahe einem Jahr sind kaum persönliche Kontakte erlaubt und die Möglichkeiten des politischen Meinungsaustausches sind sehr eingeschränkt. Wir hatten uns Anfang des vergangenen Jahres vorgenommen, die Arbeit der Basisorganisationen wiederzubeleben und vor Ort, in Heiligenstadt und Leinefelde-Worbis, Bürgerstammtische für Diskussionen anzubieten. Nach wenigen Gesprächsrunden mussten wir auch darauf verzichten. Ebenso mussten wir geplante Mitgliederversammlungen absagen.

Aber wir haben noch unseren KONTAKT, der monatlich einmal erscheint und der alle Mitglieder unseres Kreisverbandes sowie einige Sympathisantinnen und Sympathisanten erreicht, insgesamt ca. 130 Personen. Der Kreisvorstand ist bemüht, Euch regelmäßig über Termine, Ereignisse und ausgewählte politische Themen zu informieren. Meines Erachtens fehlt leider der Rücklauf der KONTAKT-Leserinnen und Leser in Bezug auf die Auswahl der Beiträge, aber auch drauf, wie Ihr bestimmte politische Entwicklungen seht.

Die Zeit, in der wir jetzt leben, wird beherrscht von der Corona-Pandemie und den staatlichen Maßnahmen, die der Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus dienen sollen, die aber auch das gesellschaftliche Leben und auch die persönlichen und bürgerlichen Rechte und Freiheiten beträchtlich einschränken. Es werden Entscheidungen von der Exekutive getroffen, die in die Grundrechte eingreifen, Parlamente werden nicht ausreichend oder gar nicht gefragt, Sachverstand bleibt bei

Entscheidungen außen vor. Dabei gibt es die Idee von Bürgerbeiräten, die die Entscheidungsträger mit ihrem Sachverstand beraten sollen. Die Umsetzung einer solchen Idee würde ein Stück weit Bürgerbeteiligung bedeuten und die staatlichen Maßnahmen transparenter gestalten. Befürwortet und fördert die Thüringer LINKE, die sich ja in Regierungsverantwortung befindet, diese Idee?

In diesem Jahr finden unter anderem die Thüringer Landtagswahl und die Bundestagswahl statt. Vor Beginn der Wahlkämpfe werden Wahlprogramme erarbeitet und Kandidatinnen und Kandidaten der Linken nominiert, die für konkrete politische Inhalte stehen. Bereits im Vorfeld wird zum Beispiel diskutiert, welche Position DIE LINKE zur Thematik Frieden und NATO einnimmt. Oder ob ein Regierungsbündnis von Rot-Rot-Grün auf Bundesebene eine mögliche Option wäre. Unsere Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow, die auch für den Bundesvorsitz kandidiert, vertritt die Position, dass auch im Bund mehr Thüringen (Rot-Rot-Grün) sinnvoll sei. Vergangene Woche erhielt unsere Geschäftsstelle eine E-Mail mit der Bewerbung eines Genossen aus Brandenburg, der ebenfalls für den Parteivorsitz (gegen Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler) kandidiert. Er begründet seinen Schritt damit, dass DIE LINKE nicht gleichzeitig „sowohl Regierung als auch Opposition“ sein kann und Susanne und Janine für ein inhaltliches „Weiterso“ stehen. Gemeint ist u.a. eine „Sozialdemokratisierung“ unserer Partei, das „Streben nach Macht bei Aufgabe politischer Grundsätze“. Ich fand den Schritt dieses Genossen sehr mutig, seine Begründung überzeugend, die von ihm angesprochenen Probleme aktuell und finde, dass wir uns darüber austauschen sollten.

Bis dato haben wir uns als Partei nicht kritisch und selbstkritisch mit den ernüchternden Wahlergebnissen der letzten Bundestagswahl 2017 und den Kommunal- und Europawahlen 2019 auseinandergesetzt, uns statt dessen

auf den Thüringer Landesparteitagen selbst gelobt, unsere Erfolge gepriesen, haben nur ansatzweise Analysen unternommen. Wir streben nach einer Einheitlichkeit der Meinung, wo Meinungsaustausch, Austausch von Argumenten, Offenheit, Ehrlichkeit und auch Selbstkritik gefragt sind. Wir haben inzwischen auch Scheu oder Bedenken, abweichende Meinungen zu äußern. Wir blenden aus, dass Entwicklung nur durch den Widerspruch möglich ist. Meines Erachtens sind wir in punkto innerparteilicher Demokratie und Transparenz ein ganzes Stück zurückgefallen. Das offenbart sich insbesondere vor Wahlen, im Kampf um Positionen und aussichtsreiche Plätze auf den Kandidatenlisten.

Nicht nachvollziehen kann ich persönlich, dass Sahra Wagenknecht aktuell in die rechte Ecke geschoben wird, weil sie angeblich flüchtlingsfeindliche Positionen vertritt und „nach rechts schießt“. Die Flüchtlingsthematik wäre auch ein Thema, über das wir uns austauschen könnten. In diesem Zusammenhang auch über die Vorwürfe gegenüber Sahra Wagenknecht.

Liebe KONTAKT-Leserinnen und Leser,

bitte nutzt den KONTAKT als Medium des politischen Austausches, insbesondere in der Zeit der persönlichen Kontaktbeschränkungen. Nehmt die Themen auf, bringt andere Themen zur Sprache, schreibt Eure Meinung, am besten als E-Mail an die Geschäftsstelle, wir werden sie veröffentlichen.

Herzliche Grüße  
Petra Welitschkin

Geburtstage

**Alles Gute wünscht:  
DIE LINKE.**

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im März und April Geburtstag haben und wünschen Ihnen Gesundheit und Wohlergehen.

**8. MÄRZ**

**Allen  
Genossinnen  
einen**

**kämpferischen  
Weltfrauentag**

## Termine für März

**Datum**

**Uhrzeit**

**Veranstaltungstitel**

08.03.2021

Internationaler Frauentag, Blumenaktion für  
Pflegerkräfte in Heiligenstadt

### Herausgeber

DIE LINKE. Eichsfeld  
[www.die-linke-eichsfeld.de](http://www.die-linke-eichsfeld.de)  
[rgeschaeftsstelle@die-linke-eichsfeld.de](mailto:rgeschaeftsstelle@die-linke-eichsfeld.de)  
[www.facebook.com/dielinkeeic](https://www.facebook.com/dielinkeeic)

### Geschäftsstelle

Marktplatz 6/7  
37308 Heilbad Heiligenstadt  
Tel. 03606 613552  
Fax 03606 608761

### Spendenkonto

DIE LINKE. Eichsfeld  
Kreissparkasse Eichsfeld  
IBAN: DE12 8205 7070 0260 0016 00  
BIC: HELADEF1EIC

V.i.S.d.P.: DIE LINKE. Eichsfeld, Vorsitzende Anna Opfermann und Mathias Vonderlind  
Autorisierte Beiträge spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider.